

# Besprechung Königin Marias mit Carol

Regierungs-umbildung in Rumänien.

Vor ihrer Abreise von Paris nach Bukarest hatte die Königin von Rumänien eine Besprechung mit dem Prinzen Carol. Diese Zusammenkunft soll nach einem Bericht des „New York Herald“ wiedergibt, auf Verlangen König Ferdinands erfolgt sein, der sowohl an die Königin als auch an den Prinzen Carol ein Schreiben gerichtet habe. Der „New York Herald“ spricht in einer Meldung aus Bukarest von einer wachsenden Bewegung zugunsten einer Übertragung der Regentschaft an die Königin Maria und die Prinzessin Ileana Brailanu sei in dieser Hinsicht nicht unbeteiligt an der Abfassung der vom König Ferdinand ausgegebenen Verfügungen.

Die Abreise der Königin Maria von Paris verzögerte sich übrigens um etwa 15 Minuten, da die Königin kurz vor der Abfahrt des Zuges das Fehlen einer Perlenkette eines Halsbandes bemerkte. Die Kette wurde jedoch bald wiedergefunden.

Habas berichtet aus Bukarest, man glaube, daß die Bildung einer Konzentrationregierung unmittelbar bevorstehe. General Averescu werde die Ministerpräsidentenschaft beibehalten. Brailanu selbst werde nicht in das Kabinett eintreten, jedoch einige seiner politischen Freunde

## Deutscher Reichstag.

(24. Sitzung.) Ob. Berlin, 2. Dezember.

Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung des Nachtrags- etats für 1926 Reht vom Haushalt des Reichsministeriums des Innern noch das Programm zur

### Förderung der östlichen Grenzgebiete

auf der Tagesordnung. Der Haushaltsausschuß hat beantragt, die von der Regierung für diesen Zweck ausgeworfene Summe von 32 Millionen auf 41 Millionen zu erhöhen.

Hg. Hensel-Ospreusen (Dtn.) bezeichnete die schleunigste Behebung der Kreditnot des Mittelstandes im Osten als die dringendste Aufgabe. Bei aller Anerkennung der kulturellen Bedürfnisse sei im Augenblick doch die Milderung der wirtschaftlichen Noth das Dringende. Der Ausschußbeschuß sei eine erfreuliche Verbesserung der unzulänglichen Regierungsvorschläge.

Hg. Mikla (Str.) gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß dem deutschen Osten hier besonders geholfen werden soll. Das Reich müsse alles tun, um die Ostgebiete als Volkswort Deutschlands zu erhalten. Der Redner sprach die Erwartung aus, daß auch für die gefährdeten Gebiete Bayerns bald die geforderten zwei Millionen bereitgestellt werden.

Hg. Jabsch (Rom.) machte die deutschen und polnischen Sozialisten für die scharfen nationalistischen Kämpfe in Oberschlesien verantwortlich. Die Folge dieser Kämpfe sei die furchtbare Not der Proletariat in Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien.

Hg. Dr. Fehr (Bayer. Bauernbund) verlangte, die Hilfe auch auf die betroffenen bayerischen Grenzgebiete auszuweiten. Solange dieses nicht erfüllt sei, könnten seine Freunde nicht zustimmen und würden sich der Stimmen enthalten.

Hg. Dr. Pfleger (Bayer. Vp.) gab für seine Freunde die gleiche Erklärung ab.

Hg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) beantragte, den Hilfsbetrag auf 43 Millionen zu erhöhen, wovon 2 Millionen für die bayerischen Grenzgebiete bestimmt sein sollen.

### Reichsinnenminister Dr. Kästz

wies darauf hin, daß der Reichstag bei der Einsetzung des Ostschlusses ursprünglich nur daran gedacht hätte, durch ein Hilfsprogramm der ostpreussischen und der oberösterreichischen Grenzbevölkerung den Dank abzustatten für die außerordentliche Treue, mit der sie auf ihrem wirtschaftlich schweren Boden ausgehalten hätten. Wenn Bayern nicht dabei verhandelt worden sei, so liege darin keine Unfreundlichkeit und kein Verleugern der dort herrschenden Not. Aus dem Wort Sozialprogramm ergebe sich schon, daß es sich nur um eine einmalige Maßnahme handele und daß die Regierung entschlossen sei, sowohl was die östlichen Gebiete Preussens wie die übrigen Bundesstaaten betreffe, in den Hilfsmaßnahmen weiter fortzufahren. Mit Bayern, Baden und Sachsen werde verhandelt werden, um auch diese Gebiete zu berücksichtigen. Die Reichsregierung bitte aber die bayerischen Parteien, sich nicht der Stimme zu enthalten, sondern den Wert der Hilfe durch zu steigern, daß mit möglichst großer Mehrheit hier der östlichen Grenzbevölkerung der Dank des Reichstages betundet wird.

Hg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) beantragte, den Reichsfinanzminister herbeizuholen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Hg. Dr. Kunkel (D. Vp.) forderte schleunige Hilfe auch für Nordschleswig und beantragte, dafür weitere zwei bis zweieinhalb Millionen bereitzustellen.

Hg. Stellung (Soz.) stimmte dem Sofort-Programm zu und beantragte, dem Etat für 1927 ausreichende Mittel zur Förderung aller Grenzgebiete zur Verfügung zu stellen.

Darauf vertagte sich das Haus auf Freitag.

## Letzte Meldungen

Vermischte Drahtnachrichten vom 2. Dezember

### Beamtenforderungen auf Gehaltserhöhung.

Berlin. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Allgemeine Deutscher Beamtenverbände, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, der Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine und der Gewerkschaftsbund der Angestellten haben in der Frage einer Befoldungsaufbesserung als ihre übereinstimmende Meinung festgesetzt, daß der wirtschaftlichen Notlage ihrer Mitglieder durch die vom Reichsfinanzminister geplante einmalige Zulage in geringer Höhe keineswegs abgeholfen werden könne. Die genannten Organisationen erwarteten vielmehr vom Reichstag, daß er alsbald eine angemessene Erhöhung der laufenden Bezüge für die unteren und mittleren Gruppen und eine Anpassung des Wohnungsgeldes an die steigenden Mieten vornehmen werde.

### Deutschnationale Reichstagsinterpellation gegen das Reichsbanner.

Berlin. Im Reichstag ist eine deutschnationale Interpellation eingegangen, in der auf Pressenachrichten über eine Übung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Bezug genommen wird. In diesen Berichten ist davon die Rede, daß eine militärisch ausgelegene Nachführung mit dem Ziele Aushebung der Reichswehr in Donauabingungen stattgefunden habe. Die Interpellation fragt die Reichsregierung, ob das zutrifft und welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, um derartige in Vorbereitung zum Landes- und Hochverrat grenzende Unternehmungen des Reichsbanners dauernd zu verhindern.

### Vaterländische Verbände und Reichswehr.

Berlin. In einer von Graf von der Goltz gezeichneten Mitteilung erklären die Vaterländischen Verbände, daß sie mit militärischen Dingen und mit der Reichswehr nichts zu tun haben und in ihren Reihen jede militärische Betätigung ablehnen, da durch eine solche die Verbandsangehörigen von ihren wahren Aufgaben, nämlich die Erhaltung des deut-

schen Volkes in geistiger, sittlicher und körperlicher Beziehung abgelenkt werden würden, ohne dem Vaterland zu nützen.

### Hau unschuldig?

Berlin. Ein Unbekannter hat sich in einem Schreiben an mehrere Zeitungen als Mörder der Frau Kolltor bezeichnet. Der Staatsanwaltschaft in Karlsruhe, die den Fall Hau bearbeitete, ist noch nichts davon bekannt.

### Strafantrag gegen den „Montag Morgen“.

Berlin. Wie der Amtsliche Preussische Pressedienst erfährt, hat der Kammergerichtspräsident in seiner Eigenschaft als Dienstvorsetzter des Landgerichtsdirektors Marschner wegen der gegen diesen im „Montag Morgen“ enthaltenen Beleidigungen auf Rechtsbeugung Strafantrag gestellt.

### Revision Schröders verworfen.

Leipzig. Nach längeren Beratungen in dem Revisionsprozess Schröder hat das Reichsgericht die Revision Schröders verworfen und das Urteil der Vorinstanz ohne jede Veränderung bestätigt.

### Demonstration vor dem Dresdener Gerichtsgebäude.

Dresden. Hier begann der Prozeß gegen den 31 Jahre alten Angestellten und Rittlich des Stahlwerks Paul Magiera, der am 2. Juni den Reichsbannermann Felix Doktor erschossen hat. Die Anklage lautet auf vorsätzliche Tötung. Da man Zusammenkünfte vor dem Landgerichtsgebäude befürchtete, wurden strengste polizeiliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Das gesamte Gerichtsgebäude ist von einer starken Polizeitruppe umstellt. Beim Eintreten in den Hörsaalraum wurde eine Durchsuchung nach Waffen vorgenommen. Da Hunderte von Menschen zurückgewiesen wurden, entstand eine Erregung in der Menge und man hörte Jurale wie: „Schändliche preussische Klassenjustiz!“ Die Polizei mußte von ihren Summknüppeln Gebrauch machen. Mit Hilfe von berittenen Polizeibeamten gelang es, die andringende Masse in die Nebenstraßen zurückzudrängen.

### Festnahme eines ehemaligen französischen Leutnants.

Paris. Die Agence Havas teilt mit, der französische Untersuchungsrichter, der gegen den ehemaligen Leutnant Desiré David einen Haftbefehl wegen Betrügereien und Fälschungen erlassen hatte, habe aus Berlin die Mitteilung erhalten, daß die deutsche Polizei David festgenommen habe. Von den französischen Behörden ist außerdem ein Haftbefehl wegen angeblicher Spionage zugunsten Deutschlands gegen David erlassen worden. Die französischen Behörden, so berichtet Havas, wollen daher die Auslieferung Davids bei den deutschen Behörden beantragen.

## General a. D. v. Horn

wurde zum 1. Vorsitzenden des Deutschen Reichsriegerbundes „Ryffhäuser“ gewählt. Er ist ein bekannter Artilleriefachmann und war bis Januar dieses Jahres



alt. Der „Ryffhäuserbund“ ist bekanntlich die große Vereinigung von Kriegervereinen. General a. D. von Horn tritt somit an die Stelle des kürzlich verstorbenen Generalobersten von Heeringen

## Aus unlerer Heimat

Wilsdruff, am 3. Dezember 1926.

Werkblatt für den 4. Dezember.

Sonnenaufgang	7 <sup>14</sup>	Mondaufgang	6 <sup>33</sup> V.
Sonnenuntergang	3 <sup>34</sup>	Monduntergang	3 <sup>31</sup> N.

1795 Der Geschichtsschreiber Thomas Carlyle geb. — 1875 Der Lyriker Rainer Maria Rilke geb.

Die AEPV. und die Regierungsbildung. Das Organ der Antisozialisten, „Der Volksstaat“, beschäftigt sich in einem längeren Artikel wieder mit den Möglichkeiten einer Regierungsbildung. Bemerkenswert ist, daß die Antisozialisten nach wie vor eine reine Linkregierung mit ihrer Abhängigkeit von den Kommunisten ablehnen, ebenso die Große Koalition, für die in Anbetracht der gegenwärtig vorhandenen Einstellung der Antisozialisten vorerst noch die sachlichen Voraussetzungen fehlen. Eine rein bürgerliche Regierung, die nur durch die Duldung der AEPV. leben müßte, komme aber auch nicht in Frage, da die AEPV. infolge ihres Abscheuens nicht unmittelbar darüber wachen könnte, daß jene politische Linie eingehalten werde, die das durch die proletarische Ueberzahl der sächsischen Bevölkerung gerechtfertigte Ausmaß von Arbeiterforderungen befriedigt und die bürgerlichen Ansprüche zwingend begrenzt. Der Artikel kommt daher zu dem Schlusse, „eine Koalitionsregierung von der Struktur der bisherigen werde durch die parlamentarische Gesamtsituation keineswegs herausgefordert. Würde eine Veränderung der Struktur“ so heißt es dann weiter, „jezt erfolgen, dann würde nach außen hin der Eindruck entstehen, als habe sich die AEPV. doch auf etwas prinzipiell Neues eingelassen... Es würde ihr als Zurückweichen, als Kapitulation vor dem Bürgertum ausgelegt werden. Eine Koalition von der Struktur der bisherigen würde der Natur der Sache nach bedeuten, daß sich das Bürgertum auf das Mindestmaß klassenegoistischer Ansprüche beschränkte; nichts gäbe die Arbeiterschaft preis, nur heftigste Böswilligkeit könnte im Hinblick auf die Ergebnisse einer solchen Koalitionspolitik von „Klassenverrat“ reden; in der Tat wäre sie den obwaltenden Verhältnissen noch wirksamste Wahrung der Klasseninteressen der Arbeiterschaft. Mit der Beschränkung auf das Mindestmaß klassenegoistischer Ansprüche des Bürgertums würde zugleich die Ebene des staatspolitisch Geunden und Zweckmäßigen betreten sein.“

Offenhalten der Läden. Die beginnende Adventszeit gibt die Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß in unserer Stadt die Verkaufsstellen während der drei letzten Adventssonntage offen

gehalten werden dürfen, und zwar von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Außerdem ist während der letzten zehn Werk-tage vor Weihnachten das Offenhalten der Läden bis 9 Uhr abends zulässig.

1500 Mark Belohnung setzt der Oberstaatsanwalt beim Landgerichte Dresden aus für Mitteilungen, die zur Ermittlung und Ergreifung der Täter führen, die die letzten drei Brände in unserer Stadt verursachten.

Für die Errichtung von Hochantennen ist nunmehr eine vom Ministerium des Innern unterm 14. Oktober 1926 erlassene Polizeiverordnung maßgebend. Nach derselben bedürfen neu zu errichtende Hochantennen über öffentlichen Verkehrsstraßen usw. besonderer polizeilicher Erlaubnis. Interessenten erfahren Näheres aus der Bekanntmachung des Stadtrats in dieser Nummer.

Der Fochverein hielt gestern abend in dem neuen, schönen Vereinszimmer der „Burenstraße“ eine Sitzung ab. Herr Inspektor Lehmann gab nach begrüßenden Worten bekannt, daß mit dem Zustandekommen des Preisregulins für Anfang Januar Ende Februar gerechnet werden kann. Ein Auschuß wird sich weiter mit der Frage beschäftigen. Wegen einer Filmvorführung soll nochmals mit dem Besitzer der Lindenstraße-Lichtspiele verhandelt werden. Von einer Eingabe der Ortsgruppe Wilsdruff des Bundes der Kinderreichen wird Kenntnis genommen; dem Schreiben einer Dresdner Hauptmannswitwe kann nicht nachgegeben werden. Viel Zeit beanspruchte die Auswahl der aus der Vorkonferenz zu unterstehenden. Nach ausgiebiger Aussprache kam eine Vorschlagsliste von 28 Personen zur Annahme. Von der Abhaltung einer besonderen Weihnachtsfeier soll in diesem Jahre abgesehen werden. Mit Freude wurde noch davon Kenntnis genommen, daß der Mitgliederstand sich wieder bedeutend gehoben hat. Es wird gehofft und erwartet, daß sich noch viele Wilsdruffer Einwohner beteiligen lassen, die legends-reiche Arbeit des Fochvereins zu unterstützen, indem sie Mitglieder werden. Der Vierteljahrsbeitrag ist ja nur eine Mark.

Die Verformung der Stromabnehmer-Verzögerung gestern abend im „Löwen“ eröffnete Herr Stellmachermeister Lorenz mit begrüßenden Worten und der Bekanntgabe, daß die Stadt eine Schadenshaltung der Motorenbesitzer endgültig abgelehnt habe, und daß auch die Kraftwerke Freital heute nicht mehr dazu geneigt seien. Es bleibe also nichts weiter als die Behauptung des Klagenweges übrig. Anzwischen habe Freital, entgegen der Fassung in der Einigungsvereinbarung im Rathaus, den Kraftstromabnehmern in der Meißner Straße kurzerhand den Strom abgeschnitten. Es sei zwar beim hiesigen Amtsgerichte eine einstweilige Verfügung erwirkt worden, nach der die Kraftwerke gehalten seien, Gleichstrom weiter zu liefern, bis die bestellten Motoren geliefert und eingebaut seien, aber bisher hätten sich die Kraftwerke nicht dazu bequemt. Während sie vorgeben, Gleichstrom nicht mehr liefern zu können, werde von anderen Fachleuten behauptet, daß dies ohne große Mühe möglich sei. Herr Rechts-vertreter Raschke gab noch verschiedentlich Aufschluß. Unter anderem bemerkte er, daß wie die Stadt so auch Freital es abgelehnt habe, den Vertrag auszuhändigen. Es müsse nun auch in der Sache Klage erhoben werden. Der Einspruch halber wurde einstimmig beschlossen, den Verein ins Vereinsregister einzutragen zu lassen. Weiter will man sich geschweige an die Stadt wenden mit der Bitte, die bereitgestellten Darlehnsfelder zu erhöhen, wenn dieselben aufgebraucht sein sollten.

Konferenz. Die Mitglieder des hiesigen Bezirkslehrervereins halten am Mittwoch nachmittags 4 Uhr im „Ahlert“ ihre Jahreshauptversammlung ab. Die Mitglieder des Meißner Bezirkslehrervereins halten am Sonntagabend in der Neumarkt-Schule 3 Uhr eine Vorstandssitzung ab, der 44 Uhr die Jahreshauptversammlung folgt.

Das Vorkaufsrecht des Bodensperrgesetzes. In der Praxis sind immer wieder Zweifel aufgetaucht, ob für die Ausübung des Vorkaufsrechtes vorliegen müsse. Das Reichsgericht hat in seinem Urteil vom 4. November 1925 (abgedruckt in den Entscheidungen des Reichsgerichtes, Band 112 Seite 72) diese Frage einwandfrei geklärt und festgestellt, daß die Ausübung des Vorkaufsrechtes des Bodensperrgesetzes an das Vorliegen eines öffentlichen Interesses nicht gebunden ist. Es kann also ausgeübt werden, sobald ein genehmigungspflichtiger Kaufvertrag vorliegt. Da ein öffentliches Interesse bei der Ausübung des Vorkaufsrechtes nicht mehr gefordert wird, ist damit auch die Frage hinfällig geworden, wer diese Voraussetzungen nachprüfen habe. Bekanntlich gingen auch darüber die Ansichten auseinander.

Ueber die Arbeitsmarktlage in Sachsen berichtet das Landesamt für Arbeitsvermittlung: Am 16. November 1926 wurden bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen im Freistaate Sachsen 149 194 männliche und 44 188 weibliche Arbeitsuchende gezählt, zusammen 193 382. Ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen des Vormonats läßt erkennen, daß die Zahl der Arbeitsuchenden insgesamt um 7044 abgenommen hat. Offene Stellen waren am 16. November 1926 vorhanden. Auch hier hat eine Abnahme stattgefunden. Am entsprechenden Stichtage des Vormonats standen 1749 offene Stellen zur Verfügung. Die zahlenmäßigen Feststellungen bestätigen das im Verlauf der letzten Wochen gewonnene Bild. Ingesamt hat die Abnahme der Arbeitsuchenden eine Entlastung des Arbeitsmarktes mit sich gebracht. Am 15. November 1926 waren 115 310 männliche und 33 355 weibliche, also insgesamt 148 665 Hauptunterstützungsempfänger in Sachsen gezählt; am 1. November insgesamt 149 680 und am 15. Oktober insgesamt 155 000. Aus dem Vergleich dieser Zahlen ist ebenfalls das Nachlassen im Verlauf der Abnahme seit Anfang November erkennbar. Sie betrug insgesamt 6434 Hauptunterstützungsempfänger. Hierunter sind 1973 Ausgesteuerte inbegriffen. In Rosslandsarbeiten waren am 15. November insgesamt 12 816 Arbeitsuchende beschäftigt.

Der Sächsische Junglandbund hielt Ende vorigen Monats in Dresden eine dreitägige Führertagung ab, die durch Sitzungen der Bundesleitung und des engeren Vorstandes eingeleitet wurden. Zur Haupttagung unter Beteiligung von 250 Führern aus dem engeren Lande hielt der Vorsitzende seinen Vortrag über „Führeraufgaben“. Herr Talschneider berichtete über „Anfere Aufgaben im Landesauschuß Sachsen der deutschen Jugendverbände“ und A. Schiele-Raumburg erstattete Bericht über „Ar-tamanenbewegung und bäuerliche Siedlung“. Eine Sitzung der Vorsitzenden der Ausschüsse für Jungmädchenarbeit schloß sich am dritten Tage an.

Rechtszeitig an die Verzählung denken! Mit dem Ablauf des 31. Dezember 1926 verjähren die Ansprüche der Kaufleute, Handwerker, Fabrikanten usw. für Lieferung von Waren, Ausführung von Arbeiten usw. aus dem Jahre 1924. Ist die Lieferung oder Leistung für den Gewerbetreibenden des Schuldners erung folgt, dann beträgt die Verzählungsdauer vier Jahre. Forderungen dieser Art verjähren also mit dem 31. Dezember dieses Jahres, wenn sie im Jahre 1922 entstanden sind. Die Verzählung wird unterbrochen, wenn der Schuldner den Anspruch des Gläubigers durch Ratenzahlung, Zinszahlung, Sicherungsleistung oder in anderer Weise anerkennt oder der Gläubiger Klage auf die Zahlung oder Feststellung des Anspruches erhebt.